58. Jahrgang. № 342.

Donnerstag, 11. Dezember 1913.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung (Sonn- und Montags nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 4,65 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 2 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38/40 von 11 bis 1/21 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweigespalt. Reklamezeile 1,50 M., Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Festtagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25241
Nachtanschluß: 11.

Für Feinschmecker: Lobeck's Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade, Cacao, Dessert — per Tafel 50 ₰ — per ½ Kg. Dose 2,40 M. — per Carton 2, 3 u. 4 M. — Marke: Dreiring.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

RAUM KUNST — Praktische Weihnachts-Geschenke in Kleinmöbeln, Klubsessel usw. „Raumkunst", DRESDEN-A., Viktoriastr. 5/7.

Solide Uhren Gustav Smy — von 10-500 Mk Mehrjahr Garantie — DRESDEN-A Moritzstr. 10 — Etui zu jeder Uhr gratis

Schläuche Klappen Platten Ringe Schnüre Walzen Puffer Riemen aus Gummi Guttapercha Asbest — fertigt in garantiert haltbaren Qualitäten E. Böhme Dresden Ferdinandstr. 13.

Flügel und Pianinos ⌘ Blüthner ⌘ Prager Strasse 12.

Für eilige Leser

am Donnerstag morgen.

Mutmaßliche Witterung: Nordwestwind, meist bedeckt, leichter Temperaturrückgang.

Im Reichstage nahm außer dem Kriegsminister v. Falkenhayn nochmals der Reichskanzler das Wort, um Erklärungen über das Koalitionsrecht, die braunschweigische Frage und Zabern abzugeben.

Das Reichsschatzamt hat einen Gesetzentwurf über die Neuverteilung der Zollentschädigungen für die Bundesstaaten aufgestellt.

Der Reingewinn des Krammarktes zu Dresden vor 100 Jahren hat die Höhe von 32000 Mk. erreicht.

Bei den Dresdner Ortskrankenkassen-Wahlen wurden von den Arbeitgebern 28 Vertreter der Ordnungsparteien und 2 Vertreter der Freien Vereinigung, von den Arbeitnehmern 55 Vertreter der freien Gewerkschaften und 5 nationale Vertreter gewählt.

Die Studenten der Zahnheilkunde in Leipzig beschlossen, bis auf weiteres alle Vorlesungen, Praktika und Uebungen nicht zu besuchen.

Die liberale Fraktion der bayrischen Kammer der Abgeordneten nahm einstimmig eine Vertrauenskundgebung für Dr. Cassel mann an.

Das österreichische Abgeordnetenhaus war gestern wieder der Schauplatz wüster Obstruktion, die diesmal von den Ruthenen ausging.

Rußland wird im Hinblick auf die deutsche Militärmission Kompensationsforderungen an die Türkei stellen.

Der mexikanische Kongreß hat die Präsidentschaftswahlen für ungültig erklärt; die nächsten Wahlen finden im Januar statt.

„Unbeugsamen Widerstand"

gegen jeden Versuch von parlamentarischer Seite, die in der Verfassung festgelegten Rechte des Kaisers einzuschränken, hat der Reichskanzler Herr v. Bethmann-Hollweg in seinen gegen den „Genossen" Scheidemann gerichteten Ausführungen, als er am Dienstag im Reichstage zum zweiten Male das Wort ergriff, in Aussicht gestellt. Das war ein gutes Wort, das angesichts der gesamten, von der Sozialdemokratie auf das schärfste zugespitzten Lage nicht ungesprochen bleiben durfte, wenn man nicht den verfassungsmäßigen Boden unter den Füßen verlieren wollte. Treffend kennzeichnete der oberste verantwortliche Beamte des Reiches das von der Partei des Umsturzes erstrebte Ziel dahin, daß die Mehrheit des Reichstages auf Grund des beschlossenen Mißtrauens- oder Mißbilligungsvotums zu einem Verhalten gedrängt werden solle, das jedes weitere Verhandeln mit dem Kanzler ausschlösse und dadurch dessen Rücktritt erzwänge. Es ist also genau eingetroffen, was seinerzeit bei der Schaffung der neuen Einrichtung von allen weitblickenden, aufrichtig monarchisch und konstitutionell gesinnten Patrioten warnend vorausgesagt wurde: daß die extreme Linke, und vor allem die Sozialdemokratie, mit dem Mißtrauensvotum einen parlamentarischen Einfluß auf die Entlassung eines ihr unliebsamen Kanzlers zu gewinnen bezwecke. Die Gefahren einer solchen Entwicklung, die unser verfassungsmäßiges Leben seiner bisherigen monarchisch-konstitutionellen Eigenart entkleiden und es auf das demokratische Glatteis des parlamentarischen Systems führen würde, sind so schwerwiegend und bedrohlich, daß die von der Regierung bekundete Energie bei der Abwehr gar nicht entschieden und zielbewußt genug sein kann. Die verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten, die zwischen der kaiserlichen Gewalt und den parlamentarischen Rechten nach Maßgabe unserer festgewurzelten monarchischen Anschauung eine wohlabgewogene Grenze ziehen, dürfen auch nicht um ein Jota zuungunsten der kaiserlichen Souveränität verschoben werden, wenn nicht der Anfang mit einer verhängnisvollen Erschütterung des festen Grundbaues unseres Staatswesens gemacht und den zersetzenden republikanisch-revolutionären Tendenzen des Umsturzes ein bedenklicher Spielraum gewährt werden soll. Es geht hier also tatsächlich hart auf hart, und deshalb ist es mit Genugtuung zu begrüßen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg allen Vorstößen nach der Richtung einer Erweiterung der Parlamentsrechte auf Kosten der Krone den Kampf bis zum bitteren Ende angesagt hat. Genau denselben Standpunkt muß auch jeder andere Staatsmann vertreten, der künftig des höchsten Amtes im Reiche walten wird. In diesem Punkte hört jedes Kompromiß auf, und es gibt nur ein unerbittliches Entweder — Oder. Zu verkennen ist allerdings nicht, daß die Stellung des gegenwärtigen Kanzlers bei der Zurückweisung radikaler und sozialdemokratischer Uebergriffe einigermaßen geschwächt wird durch die mancherlei Zugeständnisse kleinerer Art, die er im Laufe seiner Amtszeit sich vom Radikalismus hat abringen lassen.

Sehr richtig war es auch, daß der Kanzler ausdrücklich von einem „sogenannten" Mißtrauensvotum sprach. Es handelt sich in Wirklichkeit lediglich, wie bereits unmittelbar nach der Beschlußfassung im Reichstage an dieser Stelle bemerkt wurde, um eine Erweiterung des Interpellationsrechts, wonach der Reichstag das Recht hat, im Wege eines Antrags im Zusammenhang mit der Besprechung einer Interpellation festzustellen, daß die Auffassung des Reichskanzlers den Anschauungen des Reichstages entspricht oder ihnen zuwiderläuft. Diese Befugnis hat sich der Reichstag vor zwei Jahren durch eine Abänderung seiner Geschäftsordnung zugesprochen, und es wurde dazu von seiten der Regierung die Erklärung abgegeben, „daß die Geschäftsordnung des Reichstages nur einseitiges Recht für ihn und seine Mitglieder schafft, und daß somit Abänderungen der Geschäftsordnung weder eine Erweiterung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages, noch eine Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers herbeiführen und also auch irgendwelche staatsrechtlichen Konsequenzen für die Stellung des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstage nicht haben könnten". Die damalige Regierungserklärung zeichnet ein klar umrissenes Bild von der wahren Bedeutung des „Mißtrauensvotums", das keinerlei verfassungsmäßige Grundlage, sondern nur geschäftsordnungsmäßigen Charakter hat und in solcher Eigenschaft durch den Zusatz „sogenannt" treffend gekennzeichnet wird.

Dabei kann allerdings kein Zweifel darüber obwalten, daß die Sozialdemokratie von vornherein mit vollem Bewußtsein darauf ausgegangen ist, das „sogenannte" Mißtrauensvotum ganz so auszunutzen, als wenn es sich um eine wirkliche, verfassungsmäßige Befugnis handelte, und damit eine Waffe gegen den Kaiser und dessen ausschließliches Recht der Berufung und Entlassung des Reichskanzlers zu schmieden. Bei Gelegenheit der Teuerungsdebatte im Vorjahre trat diese Absicht der Umsturzpartei dadurch deutlich in die Erscheinung, daß von sozialdemokratischer Seite versucht wurde, das sogenannte Mißtrauensvotum durch Aufzählung der einzelnen Punkte des Gegensatzes zwischen Kanzler und Reichstag in seiner persönlichen Spitze noch zu verschärfen. Dagegen erhob sich aber bei den bürgerlichen Parteien allgemeiner Widerspruch, und es war insbesondere der nationalliberale Führer Abg. Bassermann, der darauf hinwies, daß der Reichstag die Konsequenzen der neuen Einrichtung wohl bedenken und sich nicht zu irgendwelchen weiteren Schritten hinreißen lassen dürfe. Angesichts dieser zweifellos feststehenden sozialdemokratischen Tendenz war es nicht besonders geschickt vom Reichskanzler, wenn er aus früheren Aeußerungen sozialdemokratischer Abgeordneter den Nachweis zu erbringen versuchte, daß auch die Sozialdemokraten anfänglich eine derartige parlamentarische Machterweiterung nicht beabsichtigt hätten. Seinerzeit, als die Erweiterung des Interpellationsrechtes zur Beratung stand, kam es den Sozialdemokraten einfach darauf an, ihre wahren Absichten möglichst zu verhüllen, um die Verwirklichung des ihnen so stark in den Kram passenden neuen Machtmittels nicht zu durchkreuzen, und deshalb legten sie sich in ihren Aeußerungen einige Zurückhaltung auf, während sie im Innern vor Begierde brannten, das sogenannte „Mißtrauensvotum" in die Hand zu bekommen, um es in skrupelloser Agitation gegen Kaiser und Kanzler auszunutzen. Im übrigen kann ja auch nur maßgebend sein, wie das sogenannte „Mißtrauensvotum" gegenwärtig von der Partei des Umsturzes gehandhabt wird, und in dieser Hinsicht wird die Situation durch die Ausführungen des „Genossen" Scheidemann nach allen Richtungen ausgiebig erhellt. Insofern hat Herr v. Bethmann-Hollweg durch seinen historischen Rückblick auf ehemalige sozialdemokratische Auslassungen von formell zahmerer Art etwas an der Sache bzw. an dem Abg. Scheidemann vorbeigeredet und den springenden Punkt nicht scharf genug im Auge behalten.

In der Debatte wiesen sowohl der Zentrumsredner Dr. Spahn wie der Vertreter der nationalliberalen Partei Abg. Bassermann die von dem Abg. Scheidemann verfochtene staatsrechtliche Auffassung zurück und brachten den „Genossen" zum Bewußtsein, daß wir im Deutschen Reiche kein parlamentarisches System haben. Der konservativen Auffassung verlieh am gestrigen Mittwoch Graf Westarp sehr entschiedenen Ausdruck. Die Rechte hat seinerzeit gegen die Erweiterung des Interpellationsrechts des Reichstages gestimmt und wird auch ferner an erster Stelle stehen, wenn es sich darum handelt, den monarchisch-konstitutionellen Charakter unserer verfassungsmäßigen Einrichtungen gegen parlamentarische Uebergriffe der äußersten Linken zu verteidigen.

Drahtmeldungen

vom 10. Dezember.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Erste Lesung des Etats.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der konservative Graf Redner **Graf Westarp** führt in seiner Rede wie folgt fort: In der Auffassung, daß das Heer demokratisiert werden soll, sind wir bestärkt worden durch die gestrigen Ausführungen Scheidemanns. Diese sind ein Glied in der Kette zur Demokratisierung der Armee, zur Beugung des Heeres unter das Parlament. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Was angefangen wurde bei den Resolutionen zur Heeresverstärkung, soll jetzt bei der Etatberatung fortgesetzt werden. Wir wollen und können nicht glauben, daß die maßgebenden Stellen für dasjenige eintreten, was man einen Rückzug nennt. Wir wurden darin einen überaus traurigen ernsten Vorgang sehen. (Sehr richtig! rechts.) Gegenüber der Verlegung der Zaberner Truppen halten wir uns zurück. Wir wollen nicht vergessen, daß es sich dabei um eine Maßnahme des Oberbefehls handelt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Eins aber müssen wir mit größter Entschiedenheit kritisieren, und das ist das Verhalten der

Beamten der Zivilverwaltung

in Elsaß-Lothringen, namentlich wie es nach dem 4. Dezember bekannt geworden ist. Der Staatssekretär Zorn v. Bulach — wie mir wahrscheinlich vorgehalten werden wird, und deshalb setze ich es voran —, früher der konservativen Partei angehörig, ... (Unruhe. Lachen links.) Ich kann die Bemerkung nicht unterdrücken, daß wir nach den neuesten Ereignissen allerdings zu der Meinung gekommen sind, daß die damalige zeitliche und örtliche Entfernung zwischen . . . . (Große Unruhe, anhaltendes Lachen links.) Was soll man dazu sagen, wenn ein Staatsmann in einer so ernsten Lage, wie sie hier entstanden war, am 6. Dezember an den „Lokal-Anzeiger" telegraphierte — es ist nicht dementiert worden, es wird also wahr sein —: „Ich habe jetzt gar keine Veranlassung mehr, den Abschied einzureichen." (Hört! Hört! rechts.) Wir können es auch nicht für richtig halten, daß der Staatssekretär durch den Berichterstatter der „Berliner Morgenpost" — daß es nicht der „Vorwärts" war, erkenne ich durchaus an — . . . . (Anhaltende Unruhe links. Die weiteren Worte gehen in dem Lärm verloren.) Auch die amtliche „Straßburger Korrespondenz" hat mehrere Erklärungen veröffentlicht, und auch in diesen wird gegen die Militärverwaltung in einer Weise Stellung genommen, wie es von der Zentralstelle hier nicht geschehen ist. Es bleibt eine Differenz zwischen dieser Darstellung und der der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". Wir verstehen es nicht und können es nicht gutheißen, wie der Staatssekretär nachträglich die Dinge so hinstellte, als ob hier ein Sieg der Zivilverwaltung über die Militärverwaltung vorliege. (Sehr richtig! rechts.) Das lag nicht in dem Dementi der Zentralstelle und kann auch nicht der Wahrheit entsprechen, da ein gutes Verhältnis zwischen Zivil- und Militärverwaltung bestehen soll. (Unruhe.) Auch mit unserem Urteil über die Lokalbehörden können wir nicht zurückhalten. Zwei Aufforderungen des Kreisdirektors Mehl liegen vor. Was besagen sie eigentlich, zum Himmelbonnerwetter? Als ich Landwirt war . . . . (Schallende Heiterkeit links, andauernde Unruhe. Die weiteren Worte gehen in dem Tumult verloren.) Wir wollten die Frage der Verfassung Elsaß-Lothringens nicht anschneiden, weil das zwecklos erschien. Der Reichskanzler hat in seiner Rede ausdrücklich hervorgehoben, daß die Zaberner Vorfälle ihm keine Veranlassung gäben, seine Auffassung zu ändern. Auch für uns liegt eine solche Veranlassung nicht vor. (Sehr richtig! rechts.) Die elsaß-lothringische Bevölkerung ist ein Jahrhundert lang während ihrer Zugehörigkeit zu Frankreich von Präfekten regiert worden, ohne viel gefragt zu werden. (Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Himmelbonnerwetter! Schallende, andauernde Heiterkeit.) Wir geben der ernsten Sorge vieler vaterländischer Kreise Ausdruck, wenn wir die Befürchtung aussprechen, daß der eingeschlagene Weg nicht zum Ziele führen wird, die Elsaß-Lothringer in das deutsche Vaterland einzugliedern, wie es im eigentlichen Interesse der Bevölkerung selbst erwünscht und für die Sicherheit und den Bestand des Deutschen Reiches erforderlich ist. (Beifall rechts.)

Der Beschluß vom 4. Dezember

ist verschieden ausgelegt worden. Zwei Meinungen stehen sich schroff und unvereinbar gegenüber. Der Antrag der Sozialdemokratie ist uns gestern mitgeteilt worden. Der Reichskanzler sei damit aufgefordert worden, sein Amt niederzulegen. Infolge der Reihenfolge der Redner wissen wir noch nicht, ob die Fortschrittler sich auf denselben Standpunkt stellen oder nicht. (Unruhe links.) Nationalliberale und Zentrum haben gestern erklärt, es habe sich für sie bei Erteilung des Mißtrauensvotums nur darum gehandelt,

Eßt Pfunds Yoghurt!